

NACHRICHTEN

URTEIL

Videouberwachung grundsätzlich erlaubt

LEIPZIG – Das Bundesverwaltungsgericht hat die Videouberwachung öffentlicher Räume durch die Polizei in gewissen Grenzen erlaubt. Mit der offenen Videouberwachung von Brennpunkten der Straßensicherheit verfolge der Gesetzgeber das zulässige Ziel, Straftaten zu verhüten und Täter leichter zu verfolgen, heißt es in einem gestern in Leipzig verkündeten Urteil. Dass die Kameras dabei aber keine Bilder von Hauseingängen, Balkons oder Fenstern übertragen dürfen, hatte in dem Fall bereits das Obergericht Hamburg 2010 entschieden. Geklagt hatte eine Frau, die auf der Reeperbahn in Hamburg lebt. Um die Kriminalität im dortigen Rotlichtviertel einzudämmen, hatten die Behörden 2006 ein Dutzend ferngesteuerte Überwachungskameras installiert. Sie sind inzwischen wieder abgeschaltet. (afp) **Az: 6 C 9.11**

PIRATEN

US-Spezialkräfte befreien Geiseln

MOGADISCHU – US-Elitesoldaten haben gestern in Somalia zwei im Oktober entführte Ausländer aus der Gewalt von Piraten befreit. Angaben örtlicher Sicherheitskräfte zufolge wurden die US-Bürgerin und der Däne, die zuvor als Minen-Entschärfer in Somalia arbeiteten, unverletzt nach Dschibuti gebracht. Acht Piraten wurden bei dem Einsatz getötet. Die Spezialeinsatzkräfte griffen demnach im Morgengrauen mit Hubschraubern ein isoliertes Gebiet im Zentrum Somalias an; dort waren die 32-jährige US-Bürgerin und der 60-jährige Däne gefangen gehalten worden. Das Weiße Haus bestätigte den Einsatz. US-Präsident Barack Obama gratulierte den Soldaten zu ihrem Erfolg. (afp/epd)

IRAK-MASSAKER

US-Soldat muss nicht in Haft

WASHINGTON – Für eines der schwersten Kriegsverbrechen der US-Armee im Irak muss auch der hauptverantwortliche Soldat nicht ins Gefängnis. Ein Militärgericht in Kalifornien verurteilte den Unteroffizier Frank Wuterich am Dienstag (Ortszeit) zwar zu 90 Tagen Haft, aufgrund einer Abmachung zwischen Anklage und Verteidigung muss er die Strafe aber nicht absitzen. Der 31-jährige wurde zugleich zum Gefreiten degradiert, erhält aber seine bisherigen Bezüge weiter. Am 19. November 2005 war eine Gruppe Marineinfanteristen unter Wuterichs Kommando nach dem Tod eines Kameraden durch die Stadt Haditha im Nordwesten des Irak gezogen. Drei Stunden lang gingen sie von Haus zu Haus und töteten 24 Menschen, darunter 10 Frauen und Kinder. Die Verfahren gegen die sieben anderen wegen des Massakers beschuldigten Soldaten waren später eingestellt worden. (afp)

WIKILEAKS

Russischer Sender zeigt Assange-Show

MOSKAU – Der staatliche russische TV-Sender RT wird nach eigenen Angaben die geplante Fernsehshow von Wikileaks-Gründer Julian Assange ausstrahlen. Gezeigt würde eine Serie von zehn Interviews mit „wichtigen Politikern, Vordenkern und Revolutionären“, teilte der englischsprachige Sender gestern mit. Assange selbst werde an seinem Aufenthaltsort in Großbritannien drehen, wo er unter Hausarrest steht. Zuvor hatte das Enthüllungsportal Wikileaks angekündigt, dass die Sendung bereits ab März ausgestrahlt werden solle. Assange sitzt seit 2011 in London fest, wo er gegen die Auslieferung nach Schweden kämpft. Er wird dort der sexuellen Gewalt beschuldigt. Assange spricht von einem Komplott, das Wikileaks treffen soll. (dapd/epd)



Mit den Farben der Nationalflagge haben diese Demonstranten in Kairo zum Jahrestag der Revolution ihre Gesichter bemalt.

FOTO: MUHAMMED MUHEISEN/DAPD

„Mittendrin im Machtwechsel“

Ägypten feiert den Jahrestag der Revolution – Viele Hoffnungen der Menschen haben sich noch nicht erfüllt

CHEMNITZ – Vor einem Jahr begann der Aufstand in Ägypten mit der ersten großen Demonstration gegen Machthaber Hosni Mubarak. Der derzeit herrschende Militärrat erklärte den 25. Januar zum Nationalfeiertag der Revolution. Stephan Lorenz sprach mit dem Ägypten-Experten Samuli Schielke vom Berliner Zentrum Moderner Orient über die Entwicklung in dem Land.

Was läuft für die breite Masse schiefe?

Die Mehrheit der Ägypter macht sich mehr Sorgen um die nach wie vor sehr prekäre wirtschaftliche Situation und um die Polizei. Zu letzterem sollte man wissen, dass der 25. Januar früher ebenfalls ein Feiertag war – der Nationalfeiertag der ägyptischen Polizei. Es ist kein Zufall, dass gerade an diesem Tag die

mit sind zwei Gründe der Unzufriedenheit, die damals zu den Unruhen geführt haben, bis heute ungelöst: der Unmut über die wirtschaftliche Ungleichheit und das Gefühl der Erniedrigung und des Hasses gegenüber der Polizei.

Wie bewerten Sie in diesem Zusammenhang die zurückliegenden Parlamentswahlen?

Sie haben gezeigt, dass die Mehrheit ihre Hoffnung darauf setzt, dass die religiösen Parteien moralischer und aufrichtiger mitregieren werden und weniger korrupt sind.

Droht eine militärische oder religiöse Konterrevolution, wie es zum Beispiel die ägyptische Schriftstellerin und Journalistin Mansura Essedin befürchtet?

Da muss man unterscheiden: Die Revolution hatte von Anfang an religiöse Töne. Wenn man nun vor einer religiösen Konterrevolution warnt, tut man diesen Kräften unrecht. Die radikaleren Islamisten, die Salafisten, hatten allerdings weniger mit dem Aufstand zu tun. Sie waren neutral oder standen sogar hinter Mubarak. Diese Bewegung ist immer auf der Seite der Macht, auch jetzt gibt sie sich loyal gegenüber dem Militärrat. Beim Militär ist es

ganz offensichtlich. Die handlungsfähigen Teile des Mubarak-Regimes haben im Februar 2011 das Ruder übernommen und sind auf der Welle der Revolution mitgeritten, um ihre eigenen Positionen zu retten. Mein Eindruck ist der, dass die religiösen Parteien, vor allem die Muslimbrüder, zwar langfristig auf eine Entmachtung des Militärrates hinarbeiten, aber jetzt eine Machtteilung anstreben.

Das Parlament hat sich konstituiert, wird im Juni auch die Präsidentschaftswahl stattfinden?

Ja, denn der Militärrat will sich mit freien Wahlen selbst legitimieren. Solange es in seinem Interesse liegt, wird die Präsidentschaftswahl stattfinden. Er wird aber alles tun, einen ihm genehmen Kandidaten zu finden. Das Militär hat nach wie vor eine große Abneigung davor, von einer zivilen Regierung Befehle entgegenzunehmen. Der Präsident hat aber eine große Machtbefugnis, er darf praktisch alles. Deshalb ist die Wahl für die Zukunft Ägyptens und für das Militär so brisant.

Wie ist es um die Strahlkraft der ägyptischen Revolution ein Jahr danach bestellt?

Die Strahlkraft war Anfang Februar am höchsten – für die Aufstände etwa in Libyen, Bahrain oder Syrien. Die Umbrüche zuvor in Tunesien und auch in Tripolis und Bengasi spielten aber später eine größere Rolle, weil dort der Machtwechsel konsequenter vollzogen wurde. In Ägypten ist man noch mittendrin. Viele glauben sogar, dass es ihn niemals geben wird. Ägypten hat eher Strahlkraft für jene Diktatoren in der arabischen Welt, die sich gerade Gedanken machen, wie sie am besten an der Macht bleiben können.



Samuli Schielke Ägypten-Experte

FOTO: PRIVAT

Demonstrationen begannen. Der Hass richtete sich gegen die alte Polizei, die eher eine kriminelle Vereinigung war. Der Militärrat hat die Polizei bis zum Herbst quasi von den Straßen zurückgezogen, man ließ das Chaos herrschen. Die Ägypter wünschen sich diese alte Garde nicht zurück, aber die Frage, wie Recht und Ordnung durchgesetzt und wie die Menschen dennoch menschlich behandelt werden können, ist nach wie vor ungeklärt. Da

Gedenken an Opfer der Revolte

Am 25. Januar 2011 hatte die Revolte gegen den ägyptischen Präsidenten Hosni Mubarak auf dem Tahrir-Platz ihren Anfang genommen. Gestern kamen dort zum ersten Jahrestag Zehntausende Menschen zusammen. Sie gedachten der Opfer des Aufstandes, einige protestierten zugleich gegen den Militärrat, der seit her die Macht im Lande ausübt. In den Tagen bis zum Sturz Mubaraks

am 11. Februar 2011 kamen bei den Protesten rund 850 Menschen ums Leben, etwa 6000 wurden verletzt.

Die ersten Wahlen zum Abgeordnetenhaus nach dem Sturz Mubaraks waren in den vergangenen Monaten abgehalten worden. Demnächst folgen die Wahlen zum Oberhaus, bis Ende Juni sollen noch Präsidentschaftswahlen folgen. (afp/tp)

Obama prangert wirtschaftliche Ungleichheit an

Der US-Präsident hat mit einer Rede im Kongress den Wahlkampf eröffnet. Amerika sei als Weltmacht zurück, erklärte er.

WASHINGTON – In seiner mit Spannung erwarteten Rede zur Lage der Nation hat US-Präsident Barack Obama die wirtschaftliche Ungleichheit im Land kritisiert. Er sprach sich für mehr wirtschaftliche Gerechtigkeit aus und forderte, jeder Amerikaner müsse wieder eine faire Chance erhalten. Dies seien keine rein demokratischen oder republikanischen Werte, sondern amerikanische Werte, sagte Obama

am Dienstag (Ortszeit) vor beiden Kammern des Kongresses in Washington. Die Rede wurde immer wieder von Beifall unterbrochen. „Wir können uns entweder für ein Land entscheiden, in dem es einer sinkenden Zahl von Menschen richtig gut geht, während eine wachsende Zahl von Amerikanern kaum über die Runden kommt“, sagte Obama. „Oder wir können eine Wirtschaft wiederherstellen, in der jeder eine faire Chance bekommt, jeder seinen Teil beiträgt, und jeder sich an dieselben Regeln hält.“ Angesichts der geringen Chancen, im geteilten Kongress seine Agenda durchsetzen zu können, wandte sich Obama eher an die Wähler. Gleichwohl unterstrich der US-Präsident, dass er politische Blo-

ckaden bekämpfen werde. Er sprach sich für höhere Steuern für Großverdiener aus und erklärte, jeder, der eine Million Dollar oder mehr im Jahr verdiene, solle einen Mindeststeuersatz von 30 Prozent entrichten. Wenige Stunden zuvor hatte sein möglicher republikanischer Herausforderer Mitt Romney auf politischen Druck hin seine Vermögensverhältnisse offengelegt. Demnach führte Romney 2010 bei einem Einkommen von fast 22 Millionen Dollar (16,8 Millionen Euro) etwa 14 Prozent an Steuern ab. Viele US-Bürger zahlen einen höheren Satz. Obama kündigte Erleichterungen für Hausbesitzer an. Sie sollten mit einem speziellen Programm die Möglichkeit zur Refinanzierung zu niedrigeren Zinssätzen erhalten.

Mit Blick auf die Außenpolitik erklärte der Präsident, der Ruf der USA in der Welt habe sich zuletzt verbessert. „Amerika ist zurück“ als Weltmacht und sei „die unverzichtbare Nation“ im Weltgeschehen, sagte Obama. Er betonte die Bedeutung eines Ausbaus der Beziehungen zu Asien und erklärte zugleich, die Allianzen zu den europäischen Ländern seien so stark wie nie. Obama wiederholte, dass in Bezug auf den Iran weiterhin alle Optionen auf dem Tisch lägen, um zu verhindern, dass das Land in den Besitz einer Atomwaffe gelange – eine indirekte Drohung, falls nötig auch Waffengewalt einzusetzen. Doch „eine friedliche Lösung ist noch immer möglich“, sagte der Präsident. (dapd) **Seite 4: Leitartikel**

Gericht rügt geschwätziges Jobcenter

Urteil: Hartz-IV-Bezug vertraulich behandeln

KASSEL – Jobcenter dürfen Informationen über Hartz-IV-Empfänger nicht beliebig weitergeben. Es unterliege dem Sozialdatenschutz, wer arbeitslos sei und Hilfsleistungen beziehe, stellte das Bundessozialgericht in Kassel gestern klar. Ohne Erlaubnis der betroffenen Bezieher von Arbeitslosengeld II dürfe das nicht einfach ausgeplaudert werden. Mit dem Urteil gab der Senat der Klage einer Familie aus dem Raum Freiburg statt, die zum Teil von Hartz IV lebt.

Nach einem Umzug hatten die Kläger beim Jobcenter Breisgau-Hochschwarzwald ein Darlehen für die Mietkaution verlangt. Die Behörde lehnte das jedoch ab und verwies auf die Kautions für das bisher bewohnte Haus. Um deren Höhe und Auszahlungstermin zu erfahren, wandte sich das Jobcenter dabei kurzerhand direkt an den ehemaligen Vermieter. Auch als die Familie Schränke für ihre Kinder beantragte, da es bislang Einbauschränke gegeben habe, rief ein Sachbearbeiter beim Vermieter an. In beiden Fällen kam der Hartz-IV-Bezug der Familie ausdrücklich zur Sprache.

Die Kläger sahen darin einen Verstoß gegen ihr Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung. Ihre Hilfsbedürftigkeit sei im ganzen Dorf bekannt geworden, und sie seien „Hohn und Spott“ ausgesetzt gewesen, erklärten sie. Anders als die Vorinstanzen stimmte ihnen das Bundessozialgericht zu: Das Jobcenter habe unbefugt Sozialgeheimnisse offenbart. Vor einer solchen Kontaktaufnahme zu Dritten hätte unbedingt das Einverständnis der Betroffenen eingeholt werden müssen. (dapd) **Aktenzeichen: B 14 AS 65/11 R**

HITLER-BUCH

Zitate in Zeitschrift untersagt

MÜNCHEN – Adolf Hitlers „Mein Kampf“ darf nicht einmal auszugsweise an deutschen Zeitungskiosken verkauft werden: Das Münchner Landgericht gab gestern in einer einstweiligen Verfügung einem entsprechenden Verbotsantrag des Freistaats Bayern statt. Dem britischen Verleger Peter McGee, der die Reihe „Zeitungszeugen“ herausgibt, sei damit die Veröffentlichung von Auszügen aus dem Hitler-Buch untersagt, teilte das Landgericht mit. Der Freistaat besitzt an dem Buch noch bis 2015 die Urheberrechte. McGee hatte zuvor bereits einen Rückzieher gemacht: In der neuen „Zeitungszeugen“-Ausgabe seien die Hitler-Zitate unkenntlich gemacht worden. Nur der zugehörige Kommentar eines Wissenschaftlers sei zu lesen. „Zeitungszeugen“ druckt in Zusammenarbeit mit Historikern Schriften aus der Nazi-Zeit nach und kommentiert diese. (dapd/epd)



Barack Obama bei seiner Rede im US-Kongress. Sie markierte seinen Wahlkampf-Start. FOTO: SAUL LOEB, DAPD